Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenberichte, Fremdenliste.

[illegible]

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Liebe's Pepsinwein (Verdauungsessenz),
Tafelgetränk bei Störung der Verdauung, Mangel an Appetit, Magen-Katarrh, -Schwäche und -Verschleimung, langjährig bewährt. ½ u. ½ Fl. à Mk. 1.50 u. 3.00 in jeder Apotheke.
Fabrik: J. Paul Liebe-Dresden, Schäferstrasse 25.

Julius Beutler
Dresden
7 Wallstraße 7
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde,**
Haus-, Küchen- u. Landwirthschafts-Geräthe.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Reichste Auswahl von
Corsets
bester Qualität in allen Preisen, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3. part. u. I. Et.
en gros **Posamenten und Knöpfe** en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Dänische Damen-Handschuhe, 8 Knopf lang 1¾ Mark. **Jos. Fiechtl** aus Tirol, Schloss-Strasse 24.

Nr. 50. Spiegel: „Falscher" Kriegslärm 1887. Militärlasten und die Sozialdemokraten. Wahlbewegung. Kostümfest der Kunstgenossenschaft. Aschermittwoch. Granulöse Augenentzündung. Gerichtsverhandlungen. „Philippine Welser". Teresa Carenno. **Mittwoch, 19. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Alle gegnerischen Wahlreden und Flugblättern gehen bei ihren heftigen Angriffen auf den letzten Reichstag von der Behauptung aus: die deutschen Wähler seien 1887 in eine schlechterdings unbegründete Kriegsfurcht versetzt worden. Man habe damals das deutsche Volk mit der Furcht vor einem französischen Angriffskrieg „bemogelt". „Angstprodukt" ist daher eines der beliebtesten Schlagworte, die dem letzten Reichstage an den Kopf fliegen. Jawohl, wir hatten damals die ernstlichste Sorge, es könnte unserem Deutschen Reiche ein Unheil widerfahren. Und dieser Sorge schämen wir uns nicht. Sie entsprang dem Pflichtgefühl des guten Bürgers, der bei drohender Gefahr aufspringt, Haus und Herd zu vertheidigen. Nur, wenn wir uns mit falschem Kriegslärm hätten bethören lassen, würden wir Vorwürfe verdienen. Das ist aber nicht der Fall. Den vielen Nachweisen, wie Anfang 1887 Frankreich auf dem Sprunge stand, über uns herzufallen, fügt soeben noch Fürst Bismarck ein neues Beweisstück hinzu. Der Reichskanzler theilt aus seiner Kenntniß der Lage in der „Nordd. Allgem. Ztg." mit, daß der damalige Ministerpräsident Frankreichs, Goblet, beim Scheiden aus dem Amte erklärt hat: er verlasse seinen Posten mit dem erhebenden Gefühl, in seiner kurzen Amtszeit „zweimal verhindert zu haben, daß das Haar zerschnitten wurde, an dem die friedlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hingen". Gegenüber diesem klassischen Zeugniß kann die Lüge von dem „falschen Kriegslärm" nicht länger bestehen. Die Kriegsgefahr im Jahre 1887 ist dadurch abgewendet worden, daß Frankreich durch die damaligen Wahlen belehrt wurde, wie stark der nationale Gedanke in Deutschland sei. Beiläufig bemerkt, wird Herr Goblet, der 1887 im Gegensatz zu Boulanger die Kriegserklärung an Deutschland verhinderte, deshalb noch heute von den Boulangisten bitter gehaßt. Er fiel im Oktober v. J. und am Sonntag ein zweites Mal in einem Pariser Stadtviertel gegen einen Boulangisten durch. Die in Boulanger verkörperte Rachekriegspartei ist also keineswegs in Frankreich ausgestorben; sie hat am vorigen Sonntag bei ihren 6 Wahlsiegen in Paris Beweise von neuerwachender Lebenskraft gegeben.

Es ist Deutschland also auch in der nächsten Zeit noch nicht gegönnt, seinen Panzer locker zu schnallen. Die Klagen über „die fortwährende Steigerung der Militärlasten" nehmen bekanntlich in den Reden und Flugblättern der Sozialdemokraten einen breiten Raum ein. Da erhebt sich denn die Frage: was haben denn die sozialdemokratischen Abgeordneten ihrerseits gethan, um dieses Anwachsen der Militärlasten zu verhindern? Der Reichstag hat ein neues Wehrgesetz beschlossen, betr. der Verlängerung der Landwehr- und der Landsturmpflicht. Dasselbe legt aber für die Friedenszeit den Landwehr- und Landsturmpflichtigen keinerlei Belastungen auf, weder Uebungen, noch die Theilnahme an Kontrolversammlungen. Wenn aber trotzdem die Sozialdemokraten in dem neuen Wehrgesetze eine ihnen allein erkenntliche neue Belastung erblicken, war es denn nicht ihre Pflicht, alle parlamentarischen Mittel dagegen zu ergreifen? Ueber das neue Wehrgesetz wurde am 8. Februar v. J. abgestimmt. Der (inzwischen verstorbene) Abg. v. Franckenstein beantragte die en-bloc-Annahme des Gesetzes. Der Präsident wies ausdrücklich darauf hin, diesem Antrage könne nur dann stattgegeben werden, wenn ihm von keiner Seite widersprochen würde. Fürst Bismarck aber forderte die Annahme als einen neuen Beweis des Vertrauens. Von den 11 Sozialdemokraten waren 5 in der Sitzung anwesend. Keiner von ihnen rührte sich. Die en-bloc-Annahme erfolgte einstimmig. Und trotzdem macht diese Partei aus dem neuen Wehrgesetz einen starken Vorwurf gegen den „gefügigen" Reichstag! Nicht besser steht es mit den Klagen über die „zu unglaublicher Höhe angeschwollenen Ausgaben für neue Mordwaffen". Der Reichstag bewilligte 61 Millionen für Verbesserung des Waffenwesens und der Munition (rauchschwaches Pulver, neue Hinterlader). Auch hiergegen meldete sich keiner der Sozialdemokraten zum Worte, weil auch sie die Verantwortlichkeit verspürten, welche sie auf sich genommen hätten, wenn die deutschen Soldaten mit veralteten Waffen den mit besseren Waffen ausgerüsteten Franzosen hätten entgegentreten müssen. Auch sie konnten sich nicht entschließen, den Söhnen des Vaterlandes für den Kriegsfall die verbesserte Waffe vorzuenthalten. Das Alles hält die Herren jetzt nicht ab, über die unglaubliche Höhe der Ausgaben für Mordwaffen Beschwerde zu führen. Sie verlangen die Abschaffung der stehenden Heere und Einführung eines Milizheeres. Das beweist wenigstens soviel, daß sie an den ewigen Frieden auch in ihrem Zukunftsstaat nicht glauben, sondern eine Vertheidigung des Landes für nöthig erachten. Wie aber können sie, da wir ja noch lange nicht in diesem Zukunftsstaate leben, dem Vaterlande zumuthen, den bis an die Zähne bewaffneten lauernden Feinden mit einem Milizheere entgegenzutreten? Wäre ein solches aber auch so wesentlich billiger, als man uns glauben machen will? Die schweizerische Heeresverfassung läßt wenigstens einen annähernden Vergleich mit der, die uns die Sozialdemokratie als Ideal empfiehlt, zu. Nun ist aber die Neutralität der Schweiz von Europa verbürgt, sie besitzt auch in ihrer Bodenbeschaffenheit eine festungsartige Vertheidigungsstellung, neben welcher die Lage des von Feinden umgebenen Deutschen Reiches gar nicht genannt werden kann. Und trotzdem fällt in der Schweiz annähernd ein gleich hoher Betrag von Militärausgaben auf den Kopf wie in Deutschland! Wie alpenhoch überragt aber die Kriegstüchtigkeit unseres wohlgeschulten Heeres die der eidgenössischen Volkswehr! Wenn einmal das Kriegswetter losbricht, welche Sicherheit böten uns dann Milizen? Wenn unser Haus und Herd beschirmt, Frau und Kinder beschützt, die Arbeitsstätten behütet sind, wird dann nicht Jedermann Gott danken, daß wir ein kriegstüchtiges Heer besitzen und daß wir unseren erfahrenen Heerführern mehr vertraut haben, als nach dem sozialdemokratischen Rathe uns auf Milizen zu verlassen? Auf einsichtige Wähler können daher die sozialdemokratischen Klagen über die steigenden Militärlasten keinen Eindruck machen.

Wiederholt ist auf die Verpflichtung der Sozialdemokratie hingewiesen worden, endlich einmal den Weg anzugeben, der zu dem von ihnen angestrebten Ziele führt. Mit der allgemeinen Ankündigung, alles Privateigenthum soll abgeschafft und in Gesellschaftseigenthum umgewandelt werden, ist nicht gesagt, wie das eigentlich zu machen ist. Darüber eines Näheren zu erfahren, hat derjenige doch einigen Anspruch, der gern glauben möchte, daß Alles hübsch in Frieden abgehen würde. Nicht minder darf man verlangen, wenigstens in großen Umrissen die Einrichtungen des Zukunftsstaates kennen zu lernen. Da hat denn dieser Tage einer der ältesten Sozialdemokraten Deutschlands, der in Dortmund als Kandidat aufgestellte „alte Tölcke", ein offenherziges Bekenntniß abgelegt. Er äußerte: „Kein Sozialdemokrat wisse, wie sich die Sache gestalten würde, wenn die Produktion mal im Sinne der Sozialdemokratie geregelt sein werde. Man müsse die Gestaltung derjenigen Generation überlassen, welche die Einrichtung des sozialdemokratischen Staates erleben werde." Dieser alte Sozialdemokrat vertröstet also seine Wähler damit auf ein recht spätes Eintreten ihres Zukunftsstaates! Gleichwohl muthet die Sozialdemokratie der Welt einen Sprung in's Dunkle zu. Dieser Einladung kann aber ein Mann von Besonnenheit nicht folgen. Gerade wer der Ueberzeugung ist, daß jetzt die Zeit zu wirksamen Verbesserungen unserer Einrichtungen gekommen ist, wird darauf halten müssen, daß die Entwickelung an das geschichtlich Gewachsene anknüpft. Die Welt springt nicht, sie geht. Mit Sprüngen auf's Gerathewohl stürzt sie zuletzt in den Abgrund. Wie gefährlich aber der Ansturm der Sozialdemokratie gegen den Staat für ihre eigenen Anhänger ist, das hat Herr Bebel selbst auf dem internationalen Kongresse in Paris zugegeben. Er sagte dort: „Wir wissen sehr wohl, welche gewaltige Macht in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft liegt, und daß Derjenige, welcher mit dem Kopf gegen die Wand dieses Staates rennen wollte, damit nicht die Wand umstürzen, wohl aber sich den Schädel zertrümmern würde."

Für uns heißt es: an die Wahlarbeit! Ihr staatserhaltenden Parteien, sucht die gesinnungsverwandten Wähler persönlich auf! Sagt ihnen, was auf dem Spiele stünde, wenn die Gegner siegten, rüttelt die Säumigen auf, erwärmt die Lauen, beflügelt die Zögernden, erweckt den Selbsterhaltungstrieb in der Bürgerschaft! Nie zuvor war es so sehr Ehrenpflicht des Bürgerthums, mit gewaltiger Machtentfaltung aufzutreten, wie diesmal. Die höchsten Güter unseres Volkes, seine ganze Zukunft ist bedroht! Noth lehrt nicht blos beten, Noth lehrt auch wählen!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Februar.

Berlin. Dem Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Dr. Miquel, ist vom Kaiser die Stelle des Oberpräsidenten der Rheinprovinz angeboten worden. Dr. Miquel hat indeß gebeten, von seiner Ernennung abzusehen. — Das Gerücht, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten, Maybach, um seine Entlassung eingekommen sei, ist unbegründet.

Köln. Aus Sofia wird der Köln. Ztg. gemeldet: Die Untersuchungskommission gegen Oberst Panitza hat viele Briefe beschlagnahmt, die Rußland stark kompromittiren. In einem Briefe ist von einer baldigen Waffensendung die Rede. Es heißt, der in Rustschuk verhaftete frühere russische Kapitän Kalubkow habe auf erhaltene russische Weisung gehandelt.

Görlitz. In Grottau (Böhmen) haben 1200 Spinner die Arbeit gegen eine 6procentige Lohnerhöhung wieder aufgenommen.

Lübeck. 800 Maurer und Zimmerleute haben wegen Ablehnung der Vesperpause heute die Arbeit eingestellt.

Bern. Der Bundesrath hat das Schiedsrichteramt in der afrikanischen Grenzstreitfrage zwischen dem Congostaat und Portugal auf Antrag der beiden Staaten angenommen.

London. Der „Times" wird aus Sansibar gemeldet, daß die Expedition Major Wißmann's nach Usambara in jeder Beziehung erfolgreich war. Sembodja und andere Häuptlinge haben sich unterworfen und freiwillig das dem Dr. Meyer und Anderen geraubte Eigenthum zurückgegeben. Nach Ankunft der erwarteten Verstärkung gedenkt Wißmann die südlichen Häfen und Kilwa anzugreifen, wo ein hartnäckiger Widerstand in Aussicht steht. — Ferner wird der „Times" aus Wien gemeldet, daß die Ratifikation des neuen deutsch-türkischen Handelsvertrags bevorstehe. Deutschland habe Zugeständnisse bezüglich der Kapitulationen in den Balkanstaaten gemacht, aber wichtige Abänderungen des Zolltarifs in der Richtung der Einfuhrzölle erlangt.

Warschau. Infolge von Geschäftsstockung in der Weberei- und Spinnereiindustrie sind in Lodz gegen 3500 Arbeiter brotlos geworden. Unter den entlassenen Arbeitern herrscht großes Elend.

Die **Berliner Börse** verlief bei großer Geschäftsstille schwach. Der günstige Bankausweis blieb ohne Einfluß. Es lagen größere Verkaufsordres vor, denen nur geringe Kaufaufträge gegenüberstanden. Banken waren stärker angeboten und matt. In deutschen Bahnen fanden nur geringe Umsätze statt, österreichische waren wenig verändert. Bergwerke gingen prozentweise zurück, fremde Renten still und mehrfach abgeschwächt. Im Kassaverkehre waren Banken still, Bahnen abgeschwächt, Bergwerke gleichfalls schwächer, für Industrieen bestand reges Interesse, österreichische Prioritäten still. Privatdiscont 3⅞ Proz. Nachbörse schwankend. — Wetter: früh aufgeklärt, später bedeckt, Südostwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 271,50. Staatsb. 187,40. Lomb. 114,50. Galizier —,—. Egypter 95,10. 4proc. Ung. Goldr. 89,10. Disconto 235,00. Dresdn. Bk. 173,70. Laura —,—. Gelsenk. —,—. Still.

Wien. (Abends.) Credit 321,10. Staatsbahn 218,00. Lombarden 134,60. Nordwest 192,50. Marknoten 58,35. Ung. Credit 363,75. Behauptet.

Paris. Schluß. Rente 87,92. Anleihe 105,47. Italiener 94,05. Staatsbahn 468,75. Lombarden 312,50, do. Prioritäten —. Spanier 73,25. Egypter 476,56. Ottomanen 535,25. Suezaktien 632,50. Ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 196, per Mai 199. Roggen per März 142, per Mai 143.

An unsere Freunde in der Umgebung von Dresden und in der Provinz richten wir die höfliche Bitte, uns in der Berichterstattung über die am Donnerstag stattfindenden Reichstagswahlen dadurch unterstützen zu wollen, daß sie uns die **Ergebnisse der Wahlen**, mögen es Theil- oder Gesammtergebnisse sein, **möglichst rasch** telegraphisch, telephonisch oder brieflich (auch Eilbriefe) zukommen lassen. Telegrammadresse: „Nachrichten, Dresden". (Minimaltaxe bis 10 Worte 60 Pfg.) Die erwachsenden Kosten ist die Redaktion selbstverständlich gern bereit, zurückzuerstatten.

Oertliches und Sächsisches.

— In dem Befinden Ihrer Majestät der **Königin** ist die Besserung soweit vorgeschritten, daß tägliche Ausfahrten unternommen werden können. Die Kräfte haben sich wesentlich gehoben und das Allgemeinbefinden ist verhältnißmäßig gut.

— Zum Besuche Ihrer Maj. der **Königin** ist die Frau Gräfin Festetics aus Wien am 16. d. M. in der Königl. Villa zu Strehlen eingetroffen.

— Der hiesige Schriftsteller Dr. **Adolf Kohut** erhielt das österreichische goldene Verdienstkreuz mit der Krone.

— Der zweiten Kammer ist gestern der vom Abg. Kirchbach verfaßte umfangreiche Bericht der Finanzdeputation A über den Etat der **Staatseisenbahnen** zugegangen. Der 80 Seiten umfassende Bericht enthält umfangreiches statistisches Material. Sämmtliche Petitionen der Beamten um Aufbesserung der Gehaltsverhältnisse 2c. empfiehlt die Deputation, der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen. — Gleichzeitig ist auch der von dem Abg. Bönisch erstattete schriftliche Bericht über den Etat des Justizministeriums zur Ausgabe gelangt.

— Die Organisation der Wahlausschüsse der staatserhaltenden Parteien ist nunmehr nahezu vollendet. Für jeden einzelnen Wahlbezirk sind mehrere Vertrauensmänner und Beauftragte bestimmt. **Frühzeitiges Abstimmen** erleichtert die Wahlarbeit, weil alsdann die Zahl derjenigen, die nach Mittag zur Abgabe ihres Stimmzettels herangeholt werden müssen, umso geringer ist. In den zeitigen Nachmittagsstunden muß die Abholung erfolgen und zwar nach einem im Voraus festgestellten Plane. Hierzu sind auch solche Personen zu verwenden, die noch nicht wahlberechtigt sind. Junge Leute haben flinke Beine. Auch Droschken sind in den späteren Nachmittagsstunden zur Abholung zu benutzen. Auch kurze Zuschriften, die schon vorher bis auf die Adresse fertig zu stellen sind, haben sich sehr wirksam erwiesen. Den staatserhaltenden Parteien haben sich erfreulicherweise aus allen Kreisen der Bevölkerung tüchtige Leute zu dieser Art von Wahlarbeit zur Verfügung gestellt. In einigen Wahlbezirken haben es sogar einige Bürger übel genommen, daß man sie nicht begrüßt und andere ersucht hat. Da es nun niemals schaden kann, wenn recht viele Personen vorhanden sind, um diesen Dienst der Wahlarbeit zu verrichten, da im Gegentheil eine mehrfache Besetzung solcher Vertrauensmännerposten sehr erwünscht ist, so theilen wir auf Ersuchen mit, daß solche Bürger und junge Leute, welche ihre Kräfte dem Gemeinwohl widmen wollen, sich heute Mittag von 12 Uhr ab in den Lokalen der beiden Wahlausschüsse (für Neustadt: im Frankenbräu, Bautznerstraße, und für Altstadt: Hirschoff's Restaurant, gr. Brüdergasse Nr. 25) einfinden mögen. Sie werden hier erfahren, in welcher Weise sie sich verdient machen können.

— **Aus dem 10. Wahlkreise** schreibt man uns: In wenig über zweimal vierundzwanzig Stunden hat unser Kandidat der Ordnungsparteien in 6 Wahlversammlungen gesprochen und in anderthalb- bis zweistündigen Reden die Vaterlandsfreunde begeistert und unserer guten Sache viele neue Freunde gewonnen. Am Sonnabend in Hartha, am Sonntag Nachmittag in Bieberstein, am Abend in Nossen, am Montag Nachmittag in Döbeln und am Abend in Roßwein fanden die Wahlversammlungen der letzten Tage statt. Ueberall war zu denselben ein Andrang namentlich auf Seiten unserer Landbevölkerung, wie wir ihn noch nicht erlebt haben. Tausend und Abertausende lauschten den Worten des gewandten und schlagfertigen Redners und trugen die Gewähr mit sich fort, daß der von den reichstreuen Parteien aufgestellte Kandidat der rechte Mann sei und das Herz auf dem rechten Flecke habe. In seiner lebhaften Darstellungsweise verstand es Herr Dr. **Mehnert**, auch den anwesenden Sozialdemokraten Achtung und Ruhe abzugewinnen. So manchem von ihnen wurden die Augen geöffnet über die Vaterlandslosigkeit, den Unglauben, die Revolution, über die Undurchführbarkeit der Ideen des sozialistischen Zukunftsstaates; so manchem von ihnen entschlüpfte nach der Versammlung das Geständniß, daß man niemals zuvor die Verwerflichkeit der sozialistischen Agitation in dem Maße gekannt habe und daß man sonst sich solcher Partei gewiß nicht angeschlossen haben würde. Das muthige Auftreten des Herrn Dr. Mehnert, der keine Gefahr zu kennen scheint, wiederholt die Sozialisten in ihren Versammlungen und sogar in der Hochburg der Sozialdemokratie des Kreises, im Wohnsitz des Gegenkandidaten Grünberg in Hartha, aufsuchte, imponirte selbst ihren fortgeschrittensten Vertretern und fand bei den Vaterlandsfreunden lebhafte Anerkennung und Dank. Ueberall war Debatte gestattet worden, aber was dabei von gegnerischer Seite zu Tage kam, konnte nur die Aussichten für den Sieg des Kartellkandidaten Dr. Mehnert vermehren. Namentlich haben die Ausführungen des Herrn Dr. Krieger in Döbeln und Roßwein dazu beigetragen, den Deutschfreisinnigen das letzte Stück Boden unter den Füßen wegzuziehen. Herr Dr. Mehnert hatte leichte Mühe, den deutschfreisinnigen Gegenkandidaten unter dem rauschenden Beifall der Versammlung glänzend abzuführen. Zum Beweis dafür, in welcher Weise die Ordnungsparteien in die Agitation eingetreten sind, nur die eine Thatsache, daß ungefähr 5000 Unterschriften zu Gunsten des Herrn Dr. Mehnert beim Centralwahlkomitee eingingen! Das darf aber Niemand nunmehr etwa dazu bringen, pflichtvergessen am Wahltage der Urne fernzubleiben. Nur wenn alle Wähler ihre Schuldigkeit thun, ist der Sieg den Ordnungsparteien!

— In einem Flugblatt, das von den Ordnungsparteien im 6. Wahlkreise, namentlich in **Löbtau**, vertheilt wird, überschrieben „In letzter Stunde", wird zur Charakterisirung des sozialdemokratischen Kandidaten Horn Folgendes bemerkt: Ob Herr Horn überhaupt das Zeug und den Willen hat, den Wahlkreis richtig zu vertreten, ist entschieden mit Nein zu beantworten. Als Beweis

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42). Butter täglich 3 Mal frisch.